



Gebührenerhöhungen – und kein Ende?

Alles wird teurer. Die Zigaretten und die öffentlichen Verkehrsmittel, die Post, Rundfunk und Lebenshaltung. Das Benzin und die Stromtarife. Wie bei den Jahreszeiten auf den Sommer Herbst und auf den Herbst der Winter folgt, so steigen die Preise für die allgemeine Lebensversorgung. Seit ein paar Jahren kann diese Teuerungsrate, die laut Statistischem Bundesamt neuerlich wieder im Steigen begriffen ist (5,3%), nicht mehr durch Lohnerhöhungen aufgefangen werden. Hohe Arbeitslosigkeit, Abbau von Überstunden und übertariflicher Bezahlung und Kürzung oder Streichung von Sozialleistungen tun ein übriges. Diese Entwicklung wird begleitet durch die Verschuldung der öffentlichen Hand. Das Problem soll durch die Zurücknahme der Leistungen der Kommunen gelöst werden. Das heißt u. a. im Klartext: Die Gebühren für Ver- und Entsorgung (Wasser, Kanal, Müll etc.) sollen kostendeckend sein. Das mag auf den ersten Blick logisch erscheinen, doch muß man sich fragen, warum Steuern entrichtet werden, wenn der Bürger jede Leistung nochmal extra bezahlt.

Müllproblem im Kreis Groß-Gerau

Im „blickpunkt“ (Nr. 156) legten wir das Müllproblem unseres Kreises dar. Wir sagten, daß die Unterdeckung bei der Müllbeseitigung in erster Linie durch die Kompostierungsanlage in Bischofsheim begründet ist. Funktionierte diese Anlage, so könnte der ganze Hausmüll dort verarbeitet werden. Die Mülldeponie Mörfelden würde

nicht so stark belastet und dort entstünden nicht derartige Gefahren durch Gas und Auswaschungen, die immer neue und riesige Finanzmittel erfordern.

Nun beschloß der Kreistag mit den Stimmen der SPD und den Grünen, in seiner Sitzung Anfang Mai, die Erhöhung der Müllgebühren von 27,50 Mark auf 35 DM pro Kopf der Bevölkerung. Das bedeutet eine Erhöhung von über 27 Prozent! Der Magistrat unserer Stadt schlägt vor, die Teuerung voll an die Bürger weiterzugeben.

DKP gegen Gebührenerhöhung

Wir meinen, daß die Parlamente das Spiel der Verteuerung kommunaler Dienstleistungen nicht mitmachen sollen. Die Verantwortung gegenüber dem Arbeiterhaushalt zwingt zur Festschreibung der öffentlichen Gebühren und Tarife. Alle Möglichkeiten zur Kostenreduzierung müssen wahrgenommen werden. Wir protestieren gegen die Leichtfertigkeit, mit der öffentliche Abgaben heraufgesetzt werden. Hier muß immer wieder deutlich gesagt werden: Würden nicht Milliarden in sinnlose Objekte wie Startbahn und Rüstung gesteckt, wären genügend Mittel bereit, um die Daseinsvorsorge der Bürger sicherzustellen.

DKP legt Protestresolution vor

Die DKP-Fraktion brachte zu den Beratungen um die Müllgebührensatzung eine Resolution ein, die einmal die Problematik aufzeigt und Lösungsvor-

schläge bietet. Zum einen enthält sie den Appell an die übergeordneten Parlamente von Kreis, Land, Bund und die kommunalen Spitzenverbände endlich energische Schritte zu unternehmen, um die Müllmenge zu reduzieren, und die Gefahren durch Gift und Schadstoffe abzuwenden. Bevor die Gebühren erhöht werden, müssen alle anderen Möglichkeiten erschöpft sein.

...tschüs bis zum VOLKSFEST'82



18.-20. Juni, Duisburg,
Wedau-Stadion



A b f a h r t: Samstag, 19. Juni,
7.00 Uhr Mörfelden, Rathaus
7.15 Uhr, Walldorf, Bahnhof
R ü c k f a h r t:

Samstag, 19. Juni, 22.00 Uhr
ab Duisburg

P r e i s: 20,- DM,
Kinder bis 14 Jahre: 12,- DM

Antrag der DKP-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf möge folgende Resolution verabschieden:

Die Beseitigung des Mülls von Haushalten und Industrie wird mehr und mehr zu einem ernstem Problem.

Immer mehr Gift- und Schadstoffe gelangen in den Müll. Immer größere Müllberge geben Anlaß zur Sorge. Was gestern noch bedenkenlos ins Erdreich vergraben wurde, darf heute zu Recht nicht mehr sein. Zu groß sind die Gefahren jedweder Müllbeseitigung für Luft, Wasser und Nahrungsmittelkreislauf. Neben der Verschwendung von Rohstoffen und Energie bedeutet die Beseitigung der stetig wachsenden Müllberge auch steigende Kosten, die auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Ginge man nach dem Verursacherprinzip, so müßte die Verpackungsindustrie in erster Linie zur Kasse gebeten werden.

Daher appellieren wir an die übergeordneten Parlamente, dem Müllproblem energischer und grundsätzlicher als bisher zu begegnen. Allein mit der Beseitigung von Müll auf Deponien, in Kompostierungs- und Verbrennungsanlagen kann in Zukunft der Problematik nicht begegnet werden. Gesetzliche Schritte zur Verringerung der Müllberge sind dringend geboten. Die Durchführung von Recycling-Verfahren findet bisher nur auf freiwilliger Basis statt. Dies reicht aber nicht aus.

Die Notwendigkeit, unnötige Verpackung und Einwegbehältnisse zu beschränken und teilweise zu verbieten, ist angezeigt. Unsere Kommune ist in Zukunft nicht mehr bereit, Müllkosten auf die Bürger abzuschieben, nur weil übergeordnete Behörden, Regierungsstellen und Parlamente entsprechende Bestimmungen und Gesetze nicht vorantreiben und beschließen.

Eskalation

Die Polizei will demnächst ein neues Gas gegen Demonstranten einsetzen. Auch Innenminister Gries hat keine „prinzipiellen Bedenken“. In einem Werbeprospekt einer Firma aus Ostheim, wird das CS-Gas wie folgt angepriesen:

„In den USA entwickelt, eingesetzt und erprobt von Militärs und Polizei – nunmehr auch in EUROPA!

Und so wirkt es:

Auf Sprühknopf drücken (eine Sekunde genügt) und Strahl auf die Angreifer richten. Sofort sind ihre Gegner kampfunfähig.

Die Augen schließen sich, der Brustkorb zieht sich zusammen, die Atmung scheint zu blockieren. Übelkeit und Erbrechen folgen. Die Haut brennt wie Feuer. Je nach der Stärke der Besprühung dauert dieser Zustand 15 Minuten bis zu mehreren Stunden.“

Ja, da wäre noch der Preis – 100 ml kosten nur DM 32,-, die Polizei kriegt Rabatt. Vielleicht demnächst im Wasserwerfer? Es ist zum Kotzen!



Bürger aus Mörfelden und Walldorf besuchten Bürgermeister Bernhard Brehl in seinem Amtszimmer und forderten mehr Engagement gegen die Startbahn-West.



Die DKP-Fraktion besichtigte gemeinsam mit einem Stadtplaner den „Goldenen Apfel“. Sie wollte sich vor den Beratungen der Parlamentsausschüsse ein Bild über den baulichen Zustand und die derzeitigen Gegebenheiten machen. Die Anregungen, die von Bürgern und Fachleuten kamen, will man beraten und in die Diskussion um die Erhaltung und künftige Nutzung der historischen Hofreite einbringen. Daß umgehend Maßnahmen zur Substanzerhaltung ergriffen werden müssen, war augenscheinlich. Daß sehr viel Geld nötig ist, um die historischen Gebäude zu erhalten und einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, ist unbestritten, doch ist hier das Geld gut angelegt.

Börners Rache?

Mit Datum vom 5. Mai erhielten dieser Tage fünf Gegner der Startbahn-West, alles Mitglieder der DKP aus Mörfelden-Walldorf, Post vom Staatsanwalt. Gegen jeden von ihnen werde ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung durch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Darmstadt geführt. Dies soll in einer Extraausgabe der DKP-Stadtzeitung „blickpunkt“ begangen worden sein, die sich mit den blutigen Ereignissen an der Startbahn-West vom 2. November 1981 befaßte.

Wer den Strafantrag gestellt hat, will Staatsanwalt Balß nicht sagen. Auch das Frankfurter Polizeipräsidium verweigert jede Aussage. Aber wer sich hier auch immer beleidigt fühlt – dieses Tätigwerden des Staatsanwaltes markiert den Beginn einer neuen Phase in der Auseinandersetzung um die Startbahn-West. Wurde bis dahin die Teilnahme an Protestaktionen vor Ort mit polizeilichen und juristischen Mitteln verfolgt, so wird nun die öffentliche Äußerung der Opfer kriminalisiert. Die Beklagten schilderten damals im „blickpunkt“ ihre Erlebnisse an jenem 2. November.

Wer trotz erhobener Hände mit dem Knüppel zusammengeschlagen und dazu noch als „rote Sau“ beschimpft wurde, der soll dies künftig scheinbar nicht einmal weitererzählen dürfen, ohne Strafe zu riskieren. Das ist die Neuauflage des Hitlerschen „Heimtückegesetzes“. Wer von der SA Prügel bezog und danach die Frechheit besaß, seine Striemen zu zeigen und zu sagen, woher sie stammen, der war dran nach diesem Gesetz.

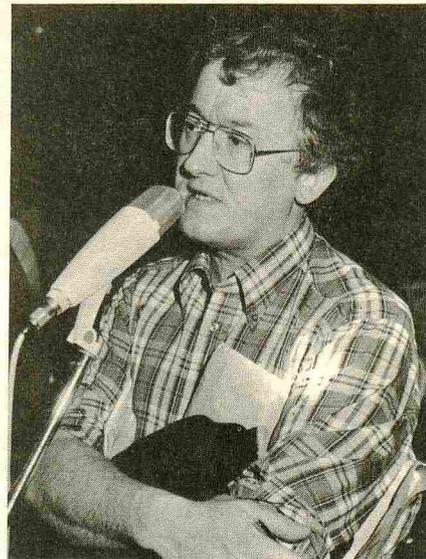
Nach diesen „Beleidigungs“klagen wird man Ministerpräsident Börner und seinen Innenminister Gries wohl fragen dürfen: wird am Ende auch schon über den nächsten Schritt gegen solche „Beleidiger“ nachgedacht, nämlich die Einrichtung bestimmter Lager, in denen sie über das Recht auf freie Meinungsäußerung nachdenken können?

fs

unsere zeit
Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP

Schon mal
gelesen?

UZ



Rudi Hechler
DKP-Stadtverordneter

Landtagskandidat
der DKP

Mörfelden – Hochstr. 22
Telefon 2 23 62

In den letzten Monaten hat unsere Region aufrüttelnde Demonstrationen erlebt. Hunderttausende gingen auf die Straße, demonstrierten für ihren Wald, gegen die Startbahn-West. Die Kampfaktionen gegen dieses Wahnsinnsprojekt, hinter dem die Profitinteressen der Banken, Konzerne und der Militärs stecken, war notwendig und muß weitergeführt werden. Genauso notwendig ist aber, daß sich das Interesse der Öffentlichkeit auch den Arbeitsplatzvernichtungsaktionen der Großkonzerne zuwendet. In den vergangenen Monaten schaute alles auf das Verbrechen am Flughafen, dabei wurden die Verbrechen, die in Rüsselsheim und bei Caltex in Raunheim geschahen, kaum beachtet.

Vor drei Jahren arbeiteten bei Opel in Rüsselsheim noch 42.000 Menschen, heute sind es gerade noch 33.000. 9.000 Arbeitsplätze wurden vernichtet von Leuten, die wahrscheinlich gar nicht wissen, wo Rüsselsheim liegt. Ist das etwa kein Verbrechen? Die amerikanischen Aktionäre greifen tief hinein in das Leben vieler Opel- und Caltex-Kollegen. Menschen werden wie auf einem Schachbrett verschoben. Als die Amerikaner vor 20 Jahren Caltex hier ansiedelten, versprachen sie über 1.000 Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplatzversprechungen sind genau so geplatzt wie die „Startbahn-West-Arbeitsplätze“. Was ist das für eine Ordnung, in der dies geschieht? Seit Jahrzehnten wird bei uns an diesem kapitalistischen System nur repariert. Ist es nicht Zeit, Grundsätzliches zu ändern?

Wir hatten im Landtag ein großes Hearing zur Startbahn-West. Wäre es nicht höchste Zeit, dort auf diese Weise auch einmal die Arbeitsplatzvernichtung in Hessen zu behandeln?

Ist es nicht notwendig, daß die Arbeitsplatzvernichtung zum Thema Nr. 1 bei der Landtagswahl im September wird?

Wir brauchen viele neue Vorschläge, neue Überlegungen, wenn wir die Arbeitslosigkeit zurückdrängen wollen. Wir brauchen eine ordentliche hessische Strukturpolitik, die sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiert. Wir brauchen mehr Mitbestimmung der Gewerkschaften auf allen Ebenen. Notwendig wäre ein Wirtschaftsbeirat, in dem mindestens 50 % Vertreter aus Betrieben und Gewerkschaften mitwirken.

Ich meine: neben dem Recht auf Frieden ist das Recht auf Arbeit das wichtigste aller Menschenrechte. Auch in der Hessischen Verfassung ist dieses Menschenrecht festgelegt. In der Wirklichkeit wird dieses Recht in unsrem Lande jedoch mit Füßen getreten. 150.000 Hessen sind arbeitslos. Nach DGB-Schätzungen wird sich diese Zahl verdoppeln. Die Arbeitslosigkeit ist so zum wichtigsten sozialen Problem geworden. Sie geht uns alle an.

Mit der Wahl im September werden wir daran nicht viel ändern. Ändern wird sich nur dann etwas, wenn alle Arbeiter und Angestellten bereit sind, aktiv für das Menschenrecht auf Arbeit zu streiten und zu kämpfen.

Auf welcher Seite steht die Bundesregierung?

Bei uns gibt es jetzt wieder Leute, die werfen jedem vor, der gegen Reagans Politik ist, antiamerikanisch zu sein. Wer so etwas sagt, stellt die Tatsachen auf den Kopf.

Wer hier gegen Reagans Politik ist,

- der teilt diese Ablehnung der atomaren Höchrüstung mit 72 Prozent der amerikanischen Bevölkerung, die sich nach einer Umfrage Ende April gegen Reagan und für ein Einfrieren der Atomrüstung ausgesprochen haben;
- der steht auf der Seite amerikanischer Bischöfe und großer Teile der Kirchen, die sich in den USA zur Friedensbewegung zählen;
- der weiß sich einig mit Senatoren und Kongreßabgeordneten, die ein Ende der atomaren Höchrüstung verlangen;
- der sieht sich in einer Reihe mit den Einwohnern einer langen Reihe von Großstädten in den USA und US-Bundesstaaten, die sich gegen die atomare Rüstung ausgesprochen haben;
- der teilt seine Meinung mit den amerikanischen Farmern, die ihr Getreide verkaufen wollen und jede Em-

bargopolitik gegen die sozialistischen Länder ablehnen;

- und der ist solidarisch mit den Arbeitern in den USA, mit dem Heer der Arbeitslosen, die unter Reagans Politik „Alles für die Rüstung und die Reichen“ leiden und gegen sie protestieren.

Was ist da „antiamerikanisch“? Wir? Die Friedensbewegung? Die Kritiker der Reagan-Politik? Nein, wir haben mit den Amerikanern keine Probleme. Wir sind ihnen verbunden.

Probleme hat Mr. Reagan! Und: Auf welcher Seite stehen eigentlich bei uns die Bundesregierung, die Politiker der CDU/CSU? Die CDU hat es mit ihrer Reagan-Arschkriecher-Demonstration bewiesen, auf der Seite der Amerikaner stehen sie nicht.

Sie stehen auf der Seite Reagans und der Scharfmacher in Washington, auf der Seite der Rüstungskonzerne der USA.

Auf der Seite des amerikanischen Volkes stehen wir, die wir in Bonn für den Frieden demonstriert haben und die in unserem Lande Protest gegen die Politik Reagans erheben!

blickpunkt kommunal

Anfrage zum Sportflächenbedarf

Wir fragen den Magistrat:

1. Wieweit sind die Planungen des Magistrats (mittel- und langfristig) zur Bereitstellung von ausreichender Sportfläche?
2. Sind bereits Planungen wegen des künftigen Sportzentrums zwischen den beiden Stadtteilen in Angriff genommen und wie weit ist der derzeitige Sachstand?
3. Können seitens des Magistrats schon heute Aussagen gemacht werden, welche Sportarten und -vereine dort ihr Domizil bekommen?
4. Können verbindlich Aussagen gemacht werden, wann mit dem Vorliegen des Sportentwicklungsplans gerechnet werden kann?
5. Wie ist die Vorstellung des Magistrats zum zeitlichen Ablauf zur Schaffung von Sportflächen?

Begründung:

Seit Mai 1980, als die Stellungnahme der Stadt Mörfelden-Walldorf zum Sportentwicklungsplan des Kreises Groß-Gerau diskutiert und beschlossen wurde, sind zwei Jahre vergangen. Zwar wurde laut Beschluß der Magistrat beauftragt, Vorplanungen für ein Sportzentrum zwischen den beiden Stadtteilen nach Vorlage des Sportentwicklungsplanes und Abschluß der Beratungen des Flächennutzungsplanes vorzunehmen, doch ist der Zeitraum bis 1986, bis dahin prognostizierte man einen Flächenbedarf von mindestens fünf Spielfeldern, halb verstrichen, doch sowohl der Flächennutzungsplan als auch der Sportentwicklungsplan liegen nicht vor bzw. sind nicht verabschiedet.



Lautstarke Solidarität erlebte Walldorf. Mit 250 schweren Motorrädern besuchte der Motorrad-Club „Kuhle Wampe“ die Stadt. Sie demonstrierten für Frieden und Abrüstung und gegen die militärische Nutzung des Flughafens und der geplanten Startbahn-West.

**Arbeitsplätze
brauchen wir!
Atomraketen
brauchen
wir nicht!**

DKP

Grenzschutz-Panzer gegen Bürger

Die DKP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf schickte Innenminister Gerhard Baum einen Brief, in dem es heißt:

„Am Sonntag, den 23.5.1982 kam es am Gelände der geplanten Startbahn-West durch den Einsatz von Grenzschutzeinheiten zu einer gefährlichen Eskalation.

1. Um 15.26 Uhr fuhren bereits drei Mannschaftswagen (Kennzeichen: BG 26734, BG 276, BG 277) quer durch die Wiesen zum Startbahngelände. Das dort stehende Damwild wurde erheblich gestört.
2. Um 16.30 Uhr fuhren erneut fünf Mannschaftswagen durch die Wiesen. (Kennzeichen: BG 26735, BG 25941, BG 26514, BG 277, BG 276.) Erneut geriet das Damwild in Panik.
3. Um ca. 17.00 Uhr fuhren fünf gepanzerte Mannschaftswagen (Kennzeichen: BG 50-346, BG 50-512, BG 50-162, BG 50-163, BG 50-519) quer durch die am Waldrand stehenden Personen. Unter den ca. 150 Menschen, die durch ihre Anwesenheit ihren Protest gegen die Startbahn-West zeigten, waren viele Rentner und Jugendliche unserer Stadt.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es keiner-

lei gewalttätige Auseinandersetzungen an der Flughafenmauer. Der Einsatz der Panzerfahrzeuge war also reine Kraftmeierei und eine Provokation schlimmsten Ausmaßes.

In Gesprächen mit Grenzschutzangehörigen konnte man feststellen, daß sie weder über das Problem Startbahn-West noch über die Gegend informiert waren. (Nur so scheint auch ihr rücksichtsloses Fahren durch Tierreservate erklärbar.)

Die DKP-Fraktion protestiert hiermit entschieden gegen diese Vorkommnisse.

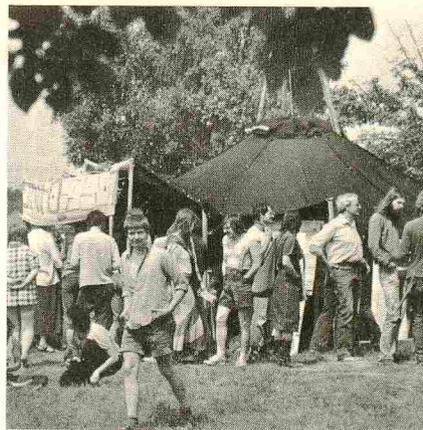
Der Einsatz von Panzerfahrzeugen gegen friedlich demonstrierende Bürger sagt viel aus über den Geist in der Grenzschutzführung. Offenbar sind diese Notstandsübungen Teil der Einschüchterungsversuche gegen neue soziale Bewegungen.

Heute geht es noch gegen Demonstranten im Startbahnwald — morgen gegen streikende Arbeiter.

Wir erwarten, daß Sie zu den Vorkommnissen Stellung nehmen.“



Die Panzerwagen gegen Demonstranten im Startbahn-Wald waren eine üble Provokation des Bundesgrenzschutzes. Aber die Bürger ließen sich nicht einschüchtern. Man hakte sich ein und zwang die fünf gepanzerten Fahrzeuge zum Rückzug.



Allen Unkenrufen zum Trotz wurde das Pfingstcamp der Bürgerinitiativen zu einem großen Erfolg. Für Essen, Trinken und Kultur war gesorgt; in den Diskussionen gab es viele neue Anregungen für den weiteren Widerstand gegen die Startbahn-West und ähnliche Projekte.

Mehr Fluglärm über Mörfelden

Seit einiger Zeit ist zu bemerken, daß an- und abfliegende Maschinen näher an unserer Stadt vorbei, ja nicht selten direkt darüber fliegen. Immer mehr Bürger empfinden dies als eine sehr starke Belastung. Schichtarbeiter, die am Tag auf ein paar Stunden Schlaf angewiesen sind, finden keine Ruhe, da an manchen Tagen im Abstand von knapp zwei Minuten ein Düsenriese darüberbraust.

Kinder, ältere Menschen und Kranke, sind am härtesten betroffen. Auch in der Nacht wird man immer öfter aus dem Schlaf gerissen.

Immer wieder wird man darauf angesprochen.

Viele sagen, „die“ haben die An- und Abflugroute zu unseren Ungunsten verändert, da sie sich in unserer Stadt seit Baubeginn der Startbahn-West so wieso jede Sympathie verscherzt haben.

Ist da etwas Wahres dran?

Ja, wie zu erfahren war, wurde die Route näher an den Stadtteil Mörfelden herangerückt. Zudem gibt es noch einige Piloten, die sich noch nicht einmal an die vorgeschriebene Richtung halten und direkt über den Stadtkern donnern.

Hier hilft nur massiver Protest. Am besten sofort nach dem Überfliegen der Maschine, und wenn es Mitternacht ist, ans Telefon und 0611/6902200 oder 0611/6903900 wählen. Name und genaue Uhrzeit angeben, auch wenn der Anrufbeantworter läuft.



CALTEX und OPEL - die Methoden gleichen sich

Friedensforscher Dr. Alfred
Mechtersheimer

Doppelte Moral

Die Vorgängermodelle der SS-20-Raketen, die SS 4 und SS 5, waren eurostrategische Waffen, die 20 Jahre alt sind. Nach den amerikanischen Modernisierungsmaßstäben wären diese Waffen schon in den siebziger Jahren erneuert worden. Weil die Sowjetunion mit der Modernisierung länger als allgemein üblich gewartet hat, wird ihr jetzt Vorrüstung vorgeworfen. Ein merkwürdiger Gedankengang...

Der Nachrüstungsbeschuß wird oft als Doppelbeschuß bezeichnet. Das ist Ausdruck einer doppelten Moral. Ich schaffe nicht dadurch eine besonders gute Kombination zwischen Rüstung und Abrüstung, daß ich zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, zeitgleich in dasselbe Papier schreibe. Die eigentliche Begründung für die SS 20 sind die Atomwaffen ringsum an den Grenzen der Sowjetunion. Die Sowjetunion befindet sich — das wird bei uns völlig verkannt — objektiv in einer grundsätzlich schlechteren geographischen Lage als die USA, weil sie auch von Westeuropa, von der Türkei und vom Mittelmeer aus atomar beschossen werden kann. Im Bereich der Langstreckenraketen gibt es eine Ausgewogenheit, aber von Europa aus können die USA die westliche Sowjetunion mit Mittelstreckenraketen atomar bedrohen und vernichten, ohne selbst gefährdet zu sein."

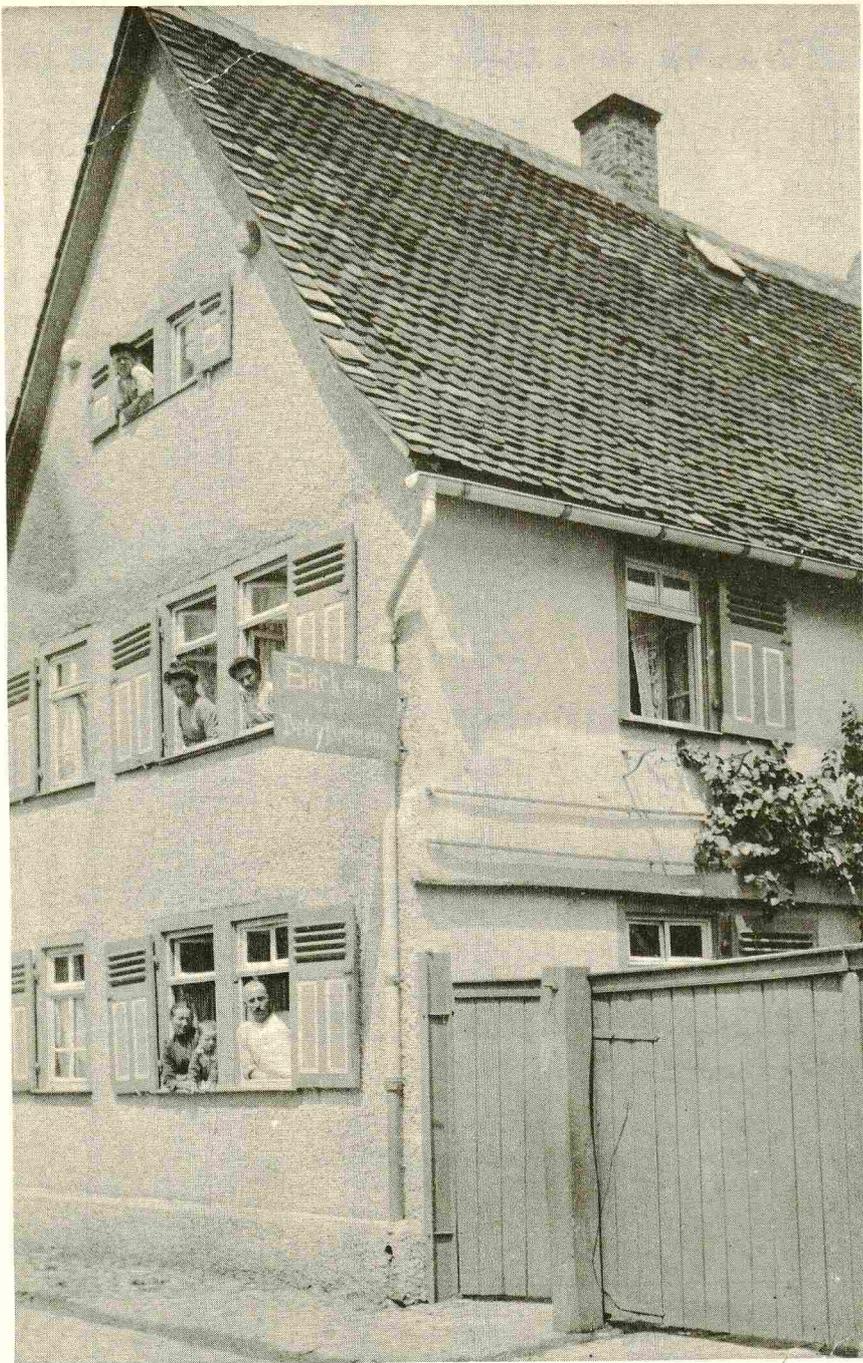
Was zur Zeit bei CALTEX abläuft, ist eine Riesensauerei, aber dies hat Methode. Sie unterscheidet sich in nichts von den Methoden bei OPEL in Rüsselsheim. Multinationale Konzerne — hier Texaco und Chevron, dort General Motors — scheffeln seit Jahren „weltweit“ Riesengewinne, die zur Arbeitsplatzvernichtung in großem Stil benutzt werden. So hat alleine Texaco 1981 einen Reingewinn von 1,2 Milliarden Mark aus der BRD nach den USA überwiesen. OPEL hat in den Jahren 1966 bis 1980 nicht weniger als 3,109 Milliarden Mark Gewinne als Dividende nach Detroit überwiesen. Bekanntlich sind jedoch diese Überweisungen nur ein kleiner Teil der Gesamtgewinne. Wir fragen, warum wird hier kein Riegel vorgeschoben? Warum werden die erzielten Gewinne nicht für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserem Lande verwendet? Und noch etwas. Da hören wir jetzt, daß Texaco und Chevron schon bei der Inbetriebnahme der CALTEX geplant hätten, nach 20 Jahren wieder dicht zu machen. Wenn dies so ist, dann

fragen wir, was ist in diesen 20 Jahren geschehen, um die Arbeitsplätze zu retten oder neue zu schaffen? Sind die arbeitenden Menschen für die Multis nur noch „Wegwerfartikel“, die man nach Gebrauch und nach Laune auf den Müll werfen kann? Haben wir nicht genau dasselbe bei OPEL schon erlebt, daß jahrelang vorher in den Konzernspitzen die Vernichtung der Arbeitsplätze bis in Detail beschlossen wurde, ohne rechtzeitige Information und Vorbeugung? Und sehen wir uns die Preispolitik dieser Konzerne an, dann herrscht auch hier völliger Gleichklang. In der Krise erhöhte OPEL, zuletzt an Ostern 82, kräftig die Preise zwischen 455 und 1000 Mark pro Wagen, während Texaco Vorreiter der Benzinpreiserhöhung von 3 Pfennig je Liter vor Pfingsten ist.

Mitbestimmung und Verstaatlichung multinationaler Konzerne bei demokratischer Kontrolle dürfen in Zukunft keine leeren Worte bleiben, wenn diesem Treiben ein Ende gemacht werden soll.



Einige hundert Bürger demonstrierten, trotz einer alles erdrückenden Hitze, gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei Caltex in Raunheim. Unter den Protestierenden Ellen Weber, die Vorsitzende der DKP-Hessen.



Mörfelden gestern

Ein Haus in der Mörfelder Altstadt, Mittulgasse 1. Früher hätte man diese Straße besser Bäckergasse genannt, denn es waren dort, bis vor wenigen Jahren, noch drei Bäckereien fast nebeneinander. Sie waren alle auf einer Strassenseite, nämlich die Bäckerei Pettmann, dann Bäckerei Weber und die des Bäckers Zwilling.

Aus der Chronik entnehmen wir, daß das Haus Nr. 1, im Jahre 1600 erbaut, 1685 erneuert wurde. 1797 kaufte es Daniel Schwappacher. In diesem Haus gab es den ersten Tanzsaal unserer Gemeinde. 1878 wurde dort der Gesangsverein Einigkeit gegründet. Der Wirt Philipp Schwappacher erbaute dann das Gasthaus „Zum Wiesenthal“ und verkaufte das Haus in der Mittulgasse 1880 an Adam Arndt. Bäcker Pettmann richtete dort 1892 eine Bäckerei ein. In den 60er Jahren wurde das Geschäft geschlossen.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6062 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck

Eine traurige Bilanz

Der § 11 des Hessischen Forstgesetzes fordert, für die Waldverluste einen ökologischen Ausgleich herbeizuführen, d.h. Ersatzaufforstung im gleichen Naturraum vorzunehmen. Daß dies nicht möglich ist, beweist folgende Bilanz, die der Umweltverträglichkeitsbewertung vom August 1981 entnommen ist:

Verlegung der RWE-Trasse gemäß Planfeststellungsbeschluß	44 ha
Frachtzentrum	128 ha
Verschiebung des Parallelbahn-Systems	129 ha
Startbahn-West	200 ha
Waldverlust insgesamt	501 ha

abgeschlossene Ersatzaufforstung	41,25 ha
genehmigte, jedoch noch nicht begonnene Ersatzaufforstung	24,27 ha
im Genehmigungsverfahren befindliche Ersatzaufforstung	14,00 ha
in der Diskussion befindliche Ersatzaufforstung	80,00 ha

geleistete und gewollte Ersatzaufforstung	159,52 ha
-------------------------------------------	-----------

Dem Waldverlust von 501 ha stehen demnach bis heute nur 41,25 ha an abgeschlossener Ersatzaufforstung gegenüber.

Ökonomischer Unsinn, aber militärisch interessant

In einem „Argumentations-Papier der Flughafen AG (S. 23) kann man es nachlesen: „Die laufenden Kosten der Startbahn 18-West betragen 30 – 35 Millionen DM pro Jahr. Zur Deckung dieser jährlichen Kosten sind ca. 33 – 38 zusätzliche, gebührenpflichtige Landevorgänge pro Tag notwendig.“

Man greift sich an den Kopf – 38 Landevorgänge täglich mehr! Dabei gehen die Flugbewegungen ständig zurück.

In der Zeit vom Januar bis April 1982 waren es 3066 Starts und Landungen (= 4,3 %) weniger als im Vergleichszeitraum 1980. Da muß man doch stutzig werden. Weshalb wurde dann eigentlich der Wald abgehackt? Wenn die Startbahn ökonomisch nicht zu verantworten ist, dann bleibt nur der Schluß, daß die USA energisch auf den Ausbau drängen. Aber darüber spricht man nicht.